



Vorlage Nr.: 2021/019

Berichtsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Bericht	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	FBL J	18.01.2021	15

Aktueller Sachstandsbericht zum Projekt G.A.T. GESUNDHEIT, ARBEIT, TEILHABE - rehapro

Darstellung des Sachverhaltes:

Das Jobcenter Kreis Recklinghausen hat sich im Jahr 2018 gemeinsam mit dem Jobcenter Rhein-Berg aufgemacht, um sich für das Bundesprojekt „rehapro“ zu bewerben. Der positive Förderbescheid wurde im Oktober 2019 ausgestellt. Die Umsetzung erfolgte ab dem 01.05.2020. Das Projekt stellt für den Kreis Recklinghausen eine große Chance dar, denn anhaltende Arbeitslosigkeit ist ein erheblicher gesundheitlicher Risikofaktor. So weisen insgesamt weit mehr als 40 Prozent der SGB II-Leistungsberechtigten gesundheitliche Einschränkungen auf. Langzeitarbeitslose leiden insgesamt insbesondere unter psychischen Belastungen und in der Folge vielfach auch an psychischen Problemen. Gesundheitliche Einschränkungen be- und verhindern die Arbeitssuche und senken die Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen. Dabei ist die (Re-) Integration in Erwerbsarbeit einer der wichtigsten Aspekte sozialer Teilhabe.

In der Praxis des Beratungsgeschäftes werden die Integrationsfachkräfte des Jobcenters daher häufig mit Menschen konfrontiert, die geprägt sind durch unspezifische bzw. widersprüchliche Krankheitsbilder bzw. komplexe gesundheitliche Einschränkungen. Hier ist in der Regel die Einleitung einer ärztlichen Begutachtung erforderlich. Ein integrativer Ansatz im Sinne des § 1 (3) SGB II, Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit, ist somit bei diesem Personenkreis bisher weder kurz noch mittelfristig möglich. Entsprechende Gutachten liegen in der Regel oft erst nach bis zu drei Monaten vor.

Die ärztlichen Gutachten der Jobcenter zeigen detailliert auf, welche Tätigkeiten den Leistungsberechtigten nicht mehr möglich sind, trotzdem wird häufig ein „leidensgerechter“ vollschichtiger Tätigkeitseinsatz attestiert, der nicht immer ausreichend konkretisiert ist. Aus solchen Gutachten ist in der Regel kein konkreter Förderplan für die Integrationsfachkraft abzuleiten. Die Herausforderung an die Beratungskompetenz der Integrationskräfte liegt somit darin, ohne umfängliche

Klimpel
Landrat

Butz
Kreisdirektor

arbeitsmedizinische, physische oder psychische Anamnese und ohne konkrete Hinweise auf die Leistungsfähigkeit der Hilfebedürftigen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt die Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln.

In der Folge unterbleibt die passgenaue Unterstützung und die Hilfen setzen oft erst dann an, wenn schwerwiegende Einschränkungen offensichtlich sind und langfristige Einschränkungen drohen. In der Praxis fehlen bisher Instrumente, die auf der Grundlage einer konkreten, umfassenden physischen und psychischen Anamnese verbunden mit einer substantiellen Diagnostik den Aufbau eines integrativen Förderplans ermöglichen. Durch das Modellprojekt G.A.T. wird nun diese Lücke im Instrumentenkatalog des Jobcenters Kreis Recklinghausen geschlossen. Mit maßgeschneiderten Hilfen im Sinne von „Prävention vor Reha“ und „Reha vor Rente“ setzt das Projekt gezielt bei dieser Personengruppe an, so dass die gesetzlich vorhandenen Eingliederungsleistungen passgenauer eingesetzt werden können.

Das Gesamtvorhaben hat das Ziel, mit Hilfe interdisziplinärer Organisationsstrukturen ein mehrstufiges Verfahren zur Verbesserung der Teilhabe in einem **"rehapro-Haus"** zu implementieren. Durch die Installation des „rehapro-Hauses“ wird die Basis geschaffen für eine ganzheitliche Unterstützung aus einer Hand. In diesem Haus sind alle relevanten Akteure - Mitarbeitende des Jobcenters, qualifiziertes medizinisches und psychologisches Personal, Sozialpädagogen und Netzwerkpartner - an einem Ort eingebunden.

G.A.T. zeigt gesundheitlich eingeschränkten Personen eine **konkrete Perspektive zur gesundheitlichen Verbesserung und Integration in den Arbeitsmarkt** auf. Das Projekt sieht mindestens eine, bei Bedarf drei Projektphasen jeweils mit persönlichen Terminen vor. Die Vorlage stellt zum einen die Grundausrichtung des Modellprojekts dar und zum anderen sollen die verschiedenen Phasen des Projektes näher erläutert werden. Die Umsetzung erfolgt in einem dreistufigen innovativen Verfahren:

1. Phase Diagnostik

- Erhebung des aktuellen Gesundheitszustandes
- Ermittlung der persönlichen Situation
- Beruflicher Ausblick

Dauer: 14 Tage

2. Phase Case Management

bei Bedarf u.a.

Dauer: bis zu 12 Monaten

- Vertiefende Beratungsgespräche entsprechend der individuellen Bedürfnisse
 - Beratung und Austausch mit Personen, die ähnliche Probleme haben
 - Unterstützung bei der Suche nach Fachärzten
 - Gesundheitsorientiertes Kursprogramm
 - Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen
 - Vorbereitung auf die Aufnahme einer passenden Tätigkeit
 - Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen
-

3. Phase Nachbetreuung

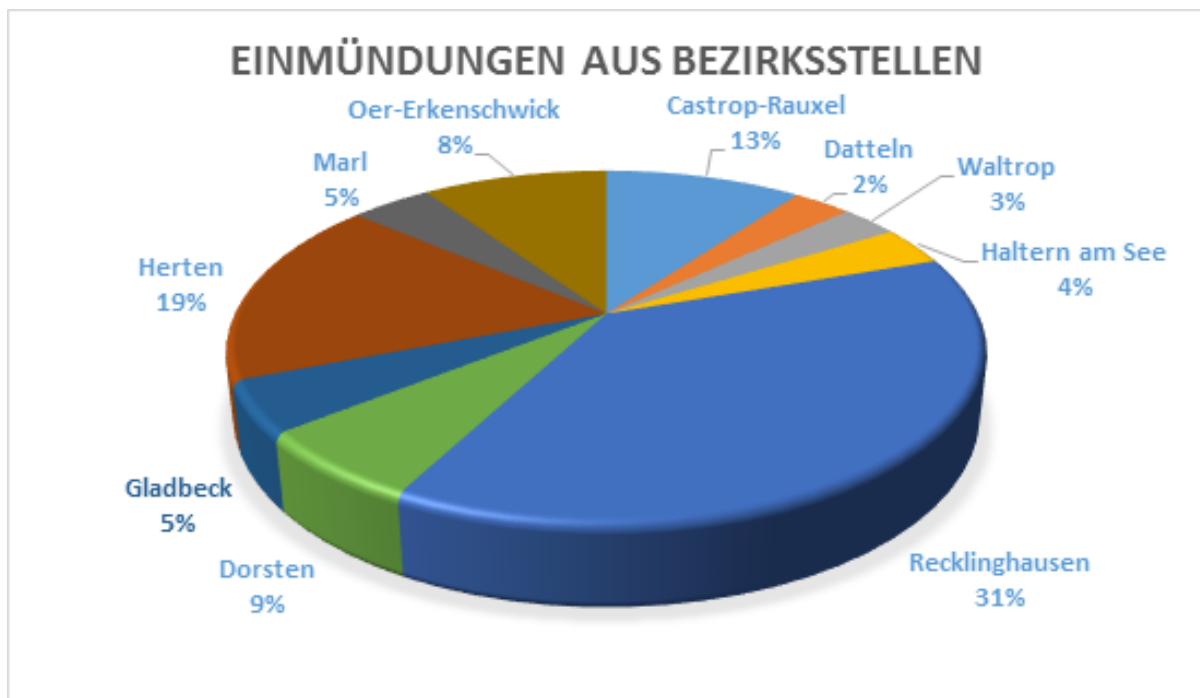
Dauer: bis zu 6 Monaten

Bei Aufnahme einer sozialpflichtigen Beschäftigung begleitet das Team weitere 6 Monate, um bei Schwierigkeiten zur Seite zu stehen und eine dauerhafte Integration zu gewährleisten

Telemedizin: Die wöchentlichen Fallkonferenzen, in denen u.a. die Ergebnisse der Diagnostik Phase thematisiert und in einem Bericht zusammengefasst werden, finden aktuell online per Videokonferenz statt. Ebenfalls besteht jederzeit die Möglichkeit die arbeitsmedizinische und psychologische Begutachtung alternativ per Telemedizin durchzuführen.

Mit Stand 07.12.2020 sind folgende Zahlen zu berichten:

- erfolgte Zuweisungen durch Bezirksstellen: 551 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), geführte Erstgespräche: 302
- Eintritte in **Diagnostikphase: 231** eLb, Aufnahme in **Case Management Phase: 151** eLb, Abbrüche: 113



Der **Standort des G.A.T. Hauses** liegt in Recklinghausen Süd (Kölner Str. 18). Die Erreichbarkeit ist durch Fahrtkosten-erstattung des ÖPNV, PKW bzw. Shuttle gesichert

Auch zukünftig soll jährlich ein Bericht erfolgen. Die Ergebnisse und Erfahrungen mit dem Projekt werden weiterhin im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales dargestellt.